

Stand: 13.05.2025 02:13:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21052

"Haushaltsplan 2022; hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft (Kap. 08 03 Tit. 533 87)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21052 vom 10.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21901 des HA vom 24.02.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 07.04.2022 (EPL 8)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Barbara Becker, Alfons Brandl, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Petra Högl, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Helmut Radlmeier, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2022;

**hier: Allgemeine Bewilligungen – Bereich Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 533 87)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap 08 03 wird der Ansatz im Tit. 533 87 (Ausgaben für Vorarbeiten zu Maßnahmen im Rahmen der ländlichen Entwicklung) um 400,0 Tsd. Euro von 0 Euro auf 400,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einer Region und der Sicherung der Daseinsvorsorge beschäftigen sich sowohl die Bevölkerung als auch die kommunalen Verwaltungen insbesondere mit den Themenfeldern Energiewende, Umweltschutz, Digitalisierung und regionale Wertschöpfung. Kommunale Gebietskörperschaften, insbesondere im ländlichen Raum, stehen mit der gesellschaftlich geforderten und notwendigen Digitalisierung sowie Dekarbonisierung vor großen Herausforderungen. Größere Städte, die ein eigenes Stadtwerk besitzen, können in diesen Bereichen auf einen vertrauensvollen Ansprechpartner zurückgreifen, Aufgabengebiete dorthin auslagern und zudem den kommunalen Haushalt mit Erträgen etwa aus der Energieversorgung unterstützen. Das Konzept virtueller Gemeindewerke (vGW) soll die Vorteile eines Stadtwerks auch für kleinere und ländliche Gemeinden ermöglichen, indem sich Kommunen interkommunal zu einem gemeinsamen Kommunalunternehmen zusammenschließen.

Wie ein Stadtwerk befindet es sich in den Händen der Allgemeinheit und soll die Entwicklung einer Region nachhaltig sowie im Sinne des Gemeinwohls fördern. Ein vGW bietet zahlreiche Vorteile: Neben der Entlastung der kommunalen Verwaltungen im Rahmen kommunalhoheitlicher Aufgaben ergeben sich Einsparungspotenziale durch Bündelung von Aufträgen. Neue Einnahmequellen können erschlossen werden und die

Themenfelder Digitalisierung und Energiewende können gemeinsam bearbeitet werden.

Energie- und Datenhoheit bleiben in Bürgerhand. Die Bürgerinnen und Bürger können direkt mitbestimmen und ihre Region nachhaltig entwickeln.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21901 des HA vom 24.02.2022

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Ralf Stadler

Abg. Gisela Sengl

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ruth Müller

Abg. Petra Högl

Abg. Christoph Skutella

Abg. Alexander Flierl

Abg. Nikolaus Kraus

Staatsminister Albert Füracker

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 08

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21051 mit 18/21063)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/21031 mit 18/21033)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20824 mit 18/20833)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20942 mit 18/20950)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/20688 mit 18/20690)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/20732)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/20944 und 18/20947 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Martin Bachhuber für die CSU-Fraktion.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich darf von dieser Stelle aus unserer Staatsministerin Michaela Kaniber die besten Genesungswünsche übermitteln. Ich denke, sie wird dieser Debatte aufmerksam folgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Einzelplan ist angesichts der globalen Rahmenbedingungen wieder ein richtig großer Wurf, zugleich aber auch ein eindrucksvolles Bekenntnis für unsere Bauern und für unsere Forstwirte. Bayern – so zeigt dieses Zahlenwerk – ist nicht nur ein herausragender Hightech-Standort, sondern auch das Bundesland, das die Erzeugung von Nahrungsmitteln und die Bewirtschaftung der Wälder wie kein anderes fördert. Dieser Haushalt erhöht sich um nicht weniger als 105 Millionen Euro auf fast 1,8 Milliarden Euro, eine Steigerung von 6,2 %. Über 50 % der Gesamtausgaben fließen als Förderung in den ländlichen Raum.

Die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werden in diesem Jahr nicht nur in ihrem Bestand gesichert, sondern sukzessive und beherrscht für die Herausforderungen der Zukunft fit gemacht. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf dem weiteren ökologischen Umbau der Landwirtschaft. Wir sind auf einem sehr guten Weg, bis zum Jahr 2030 nicht weniger als 30 % der Betriebe auf Ökolandbau umzustellen. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Ziel erreicht wird, weil die Bauern bereit sind, mitzumachen. Eine kürzlich deutschlandweit durchgeführte Umfrage hat bestätigt, dass sich 27 % der Bauern überlegen, auf Ökolandbau umzustellen.

Wir verfolgen hier einen ausgewogenen Ansatz, der Biolandwirte kraftvoll unterstützt, der aber auch die konventionell wirtschaftenden Bauern nicht im Regen stehen lässt. Die Ausgewogenheit, die Klima-, Natur- und Verbraucherschutz gleichermaßen berücksichtigt, zeichnet seit Jahrzehnten unser Handeln aus. Betrachtet man diesen Haushalt objektiv, wird man feststellen, dass diese Ausgewogenheit zwischen allen Kernbereichen auch in diesem Jahr das prägende Element ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch das Tierwohl liegt uns am Herzen. Bayern handelt auch hier tatkräftig. Mit dem Programm "BayProTier" haben wir exemplarisch für das gesamte Bundesgebiet ein sehr gutes Tierwohlprogramm geschaffen. Dieses Programm bietet zwei Stufen an: zum einen die Komfortstufe für den Einstieg in mehr Tierwohl, die über die gesetzli-

chen Standards hinausgeht, zum anderen die Premiumstufe mit erhöhten Fördersätzen für noch deutlich höhere Standards. Bei dieser Diskussion dürfen wir jedoch eines nicht vergessen: Die Verbraucher wollen zwar mehr Tierwohl, sind aber oft nicht bereit oder vielleicht auch nicht in der Lage, an der Ladenkasse mehr Geld auszugeben. Unsere Landwirtschaft braucht deshalb Unterstützung, wenn verhindert werden soll, dass Lebensmittel mit weit niedrigeren Standards aus dem Ausland importiert werden.

Deshalb sollten alle Parteien dieses Hauses auf allen politischen Ebenen darauf hinwirken, dass die Stilllegung von 30 % der Flächen über den Green Deal und die Belegung dieser Flächen mit Naturschutzauflagen nicht in dem vorgesehenen Maße erfolgen; denn die Menschen müssen auch ernährt werden. Bayern und Deutschland dürfen bei Nahrungsmitteln nicht vom Import aus aller Herren Länder abhängig gemacht werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist zwar richtig, bei uns Flächen zu schützen; wir müssen aber genauso die Urproduktion von Lebensmitteln aufrechterhalten. Ein Greenwashing ergibt keinerlei Sinn, wenn anderswo negative Klimaeffekte erzielt werden und dort vielleicht sogar Menschen hungern müssen. Kein Mensch weiß, wie lange der schreckliche Krieg in der Ukraine noch andauern wird. Und kein Mensch kann heute sagen, welche langfristigen Auswirkungen dieser Krieg zum Beispiel auf den Getreidemarkt haben wird. Dieser Krieg zeigt uns aber, dass wir künftig wieder mehr selbst erzeugen müssen, um unseren Bedarf zu decken.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt zeigt eindrücklich, dass die Staatsregierung trotz massiver Corona-Hilfen weiterhin jene Finanzmittel in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Verfügung stellt, die es braucht, um Bayern sowohl nachhaltig als auch innovativ weiterzuentwickeln. Das Corona-Sonderinvestitionsprogramm, das die Fördermaßnahmen im ländlichen Raum um 20 Millionen Euro aufstockt, ist gerade für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedin-

gungen in ganz Bayern von enormer Bedeutung. Auch die einmalige Übernahme der Beiträge für die Tierseuchenkasse für Ferkelerzeuger in Höhe von 3 Millionen Euro ist eine enorm wichtige Leistung. Ich möchte auch nicht die 2 Millionen Euro für Begleitmaßnahmen für die Umsetzung der Holzbauinitiative vergessen, die insbesondere für die Forschung, die Innovation sowie die Stärkung der regionalen Wertschöpfung notwendig sind.

Auch die Ernteausfallversicherung ist eine unumgängliche Maßnahme. Wir sollten uns vor Augen halten, dass allein im Jahr 2018 über 385 Millionen Euro Schaden durch Ernteauffälle entstanden sind. Hier muss man ehrlicherweise sagen: Einen solchen Schaden kann man nicht ersetzen. Deswegen ist diese Versicherung eine hervorragende Lösung.

Hohes Haus, unter dem Strich müssen wir uns ehrlicherweise eingestehen, dass dieser Haushaltsentwurf nicht nur ausgewogen ist, sondern auch einen intensiven Blick über den Tellerrand hinaus erlaubt. Wichtige Zukunftsaufgaben werden mit den dafür erforderlichen Mitteln ausgestattet. Unsere Bauern und unsere Forstwirte können sich abermals darauf verlassen, dass ihre Erfordernisse und ihre Notwendigkeiten umfassend und ausgewogen berücksichtigt werden. Allein die Tatsache, dass dieser Einzelplan seit Jahren immer wieder kraftvoll angewachsen ist, zeigt, dass die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bayern nicht nur als Brauchtumpflege angesehen werden, sondern ein ganz bedeutender wirtschaftlicher Faktor sind. Sie sind auch ein bedeutender Faktor für die Nachhaltigkeit und die Bewahrung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hohes Haus, der vorliegende Haushalt bietet alles, um etwas für den Umwelt- und den Klimaschutz zu tun und um unsere Bauernschaft zu beraten und zu unterstützen. Die Bauern in Bayern sind nämlich keine billigen Kulturlandschaftspfleger, sondern Unternehmer, die zusammen mit ihren Familien von dem, was sie erwirtschaften, leben wol-

len. Unter dieser Prämisse ist dieser Einzelplan ein bedeutendes Signal an die bayerischen Bäuerinnen und Bauern, dass die Politik hinter ihnen steht.

Abschließend nur noch eine Anmerkung: Die Agrarwirtschaft mit einem Ertrag von 174 Milliarden Euro und 1,2 Millionen Menschen, die in dieser Branche und den nachgelagerten Bereichen arbeiten, darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Intervention von Herrn Kollegen Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Bachhuber, ein Ausfall der Versorgungsketten wie in der Ukraine, der Kornkammer Europas, hat gravierende Auswirkungen auf den europäischen Lebensmittelmarkt. Anstatt weiterhin auf intakte globale Lieferketten zu vertrauen und weiter auf Lebensmittelimporte zur Ernährung unserer Bevölkerung angewiesen zu sein, sollten wir verstärkt auf eine autarke Landwirtschaft setzen. Doch zahlreiche bürokratische Reglementierungen, wie sie im Green Deal vorgeschrieben sind, verhindern effektive Bewirtschaftung. Unser Vorschlag wäre, bürokratische Hürden und Anbaureglementierungen, wie sie im Green Deal vorgesehen sind, so lange außer Kraft zu setzen, bis in Bayern wieder Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Ich möchte Sie fragen – Sie haben auch schon etwas in der Richtung gesagt –: Gibt es dazu schon einen Aktionsplan der Staatsregierung?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Bachhuber, bitte.

Martin Bachhuber (CSU): Frau Präsidentin, Herr Stadler, ich denke, dass gerade die Bayerische Staatsregierung und wir in unserer Fraktion alles unternehmen werden, um die bayerische regionale Förderung der Landwirtschaft weiterhin zu unterstützen. Gerade dieser Krieg in der Ukraine zeigt, dass wir mit Augenmaß und Vernunft Naturschutz und landwirtschaftliche Nutzung unter einen Hut bringen müssen. Wir werden

uns in Europa weiterhin dafür einsetzen, dass die bürokratischen Hürden abgebaut werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, das war's, keine weiteren Zwischenbemerkungen. – Als Nächste spricht die Kollegin Gisela Sengl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes: Gute Besserung an die Ministerin! Schade, dass sie heute nicht da sein kann. Ich hoffe, sie übersteht es gut.

(Heiterkeit)

Wir haben es schon gehört, wir sind komplett abhängig von russischem Gas, Erdöl und Steinkohle. – Warum war das jetzt eigentlich so lustig? Ist die Ministerin krank, oder ist sie es nicht?

(Zurufe)

– Was? Was hat sie denn eigentlich?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben das Wort. Bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): Also war das nicht gegen mich gerichtet. Scheinbar ist sie nicht so schlimm krank.

(Zurufe)

Auf alle Fälle: Hoffentlich übersteht sie es gut. Wenn sie Corona hat, dann passen meine guten Wünsche.

Heute geht es um die Landwirtschaftspolitik. Das ist ein ernstes Thema. Dazu sollten wir uns wirklich viele Gedanken machen. Ich sehe, dass einige da sind, die sich mit dem Thema auseinandersetzen wollen.

Meine Einleitung habe ich schon kurz begonnen, ich wiederhole sie jetzt. Uns ist in den letzten Tagen immer mehr klar geworden, wie abhängig wir von Gas, Erdöl und Steinkohle sind. Uns ist auch klar geworden, wie deutlich die Abhängigkeit der Landwirtschaft ist, vor allem von Mineraldünger- und Futtermittelimporten. Sie kämpft auch mit steigenden Preisen für Futter, Energie und Dünger. Aber dem bayerischen Landwirtschaftsministerium fällt nichts anderes ein, als alle die mühsam errungenen Fortschritte in der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik einfach schnell einzustampfen, um, wie Frau Kaniber sagt, mit den Problemen fertig zu werden.

Unsere Antwort darauf ist eine ganz andere: Wir müssen es schaffen, mit der ökologischen Krise, der Klimakrise und der Abhängigkeitskrise fertig zu werden und diese auch zu bewältigen. Das werden wir auch schaffen, wenn wir die richtige Politik machen.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig eine souveräne und unabhängige Lebensmittelversorgung ist. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, wie wichtig eine unabhängige Futtermittelversorgung ist. Der Haushalt, der hier vorliegt, erweckt aber den Eindruck, als gäbe es diese Krisen überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem vom Finanzminister ist zu hören: Bayern ist ein wunderschönes Land. – Das stimmt. Bayern ist vor allem ein sehr fruchtbares Land, und wir haben große Wälder, wir haben viele Flüsse und Seen. Bei uns wächst eigentlich alles, was wir zum Leben brauchen. Angesichts der augenblicklichen Weltlage wird uns richtig bewusst, wie wichtig das ist: Wir haben eine Landwirtschaft im Haupterwerb und im Nebenerwerb, wir haben Bauernhöfe mit vielen verschiedenen Standbeinen, wir haben innovative Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe, wir haben landwirtschaftliche Betriebe, die intensiv und für den Weltmarkt produzieren, und wir haben Betriebe, die solidarisch mit ihren Verbraucher*innen wirtschaften. Wir haben vorbildlich bewirtschaftete Misch-

wälder, wir haben aber auch große Fichtenmonokulturen, die vom Klimawandel extrem betroffen sind.

Wir haben aber auch Betriebe, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen oder nicht erkennen können. Wir haben Innovationen und kreative Ideen, die auf Halde liegen und deren Verwirklichung geradezu verhindert wird, und wir haben Herausforderungen wie die Klimakrise, die Nährstoffüberschüsse und die Artenkrise. Um diese Herausforderungen zu meistern, brauchen wir einen Haushalt, der das unterstützt. Im vorliegenden Haushalt kann ich das nicht erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann schließlich nicht darum gehen, einzelne Projekte und einzelne Vereine zu fördern. Ich weiß gar nicht, wie die es ins Ministerium geschafft haben. Das mag vielleicht für den Abgeordneten vor Ort ganz sinnvoll sein, aber es ist eigentlich nicht die Aufgabe des Ministeriums. Wenn Förderung, dann eine verstetigte und allen zugängliche Förderung. Deshalb ergibt unser Antrag, die solidarische Landwirtschaft grundsätzlich mehr zu unterstützen, Sinn; denn solidarische Landwirtschaft fördert den Austausch zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft, den wir alle uns so wünschen. Nur wer weiß, wie anstrengend es ist, zum Beispiel Gelbe Rüben anzubauen, der wird den nächsten Biss in eine frische Gelbe Rübe genießen und sie damit auch mehr wertschätzen. Es kann auch nicht darum gehen, den Schweinefleischkonsum zu fördern. Da hat das Ministerium die Zeichen der Zeit wirklich nicht erkannt. Sind Verkostungsaktionen für Wurst aus Schweinefleisch die Aufgabe des Ministeriums? – Steht so drin. Ein Ministerium ist doch keine Werbeagentur! Den Fleischverzehr ankurbeln zu wollen, ohne das Tierwohl zu verbessern, widerspricht ganz klar den Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission. Wir müssen den Fleischkonsum reduzieren, um die vielen Ackerflächen, die jetzt weltweit für die Futtermittelproduktion verwendet werden, direkt für die menschliche Ernährung bereitstellen zu können. Übrigens: Das würde den Welthunger wirklich bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fleisch ist ein hochwertiges Lebensmittel, und es ist wichtig, dass die Erzeugung danach ausgerichtet wird. Wir brauchen eine hochwertige Erzeugung, die Tierschutz und Klimaschutz miteinander verbindet. Unsere Nutztiere brauchen Außenklimaställe oder sollen raus auf die Weide und mit einheimischem Futter gefüttert werden. Ganz nebenbei bemerkt: Wir erwarten mit Spannung den Bericht der Staatsregierung zur bayerischen Eiweißstrategie, der auf unsere Initiative gegeben wird. Also: weniger Masse, mehr Qualität – das würde in der Nutztierhaltung viele Probleme lösen. Dazu haben wir natürlich einen Haushaltsantrag gestellt: "Stärkung der Weidehaltung – gut für Klima, Mensch und Tier".

Auf den Klimaschutz und damit auf den Moorschutz möchte ich noch gesondert eingehen. Gestern wurde der Haushalt des Umweltministeriums diskutiert und verabschiedet. Dabei war auch viel von Klimaschutz durch Moorschutz die Rede; denn klar: Moorschutz ist ein ganz effektiver Klimaschutz. Aber bei diesem Thema arbeiten die beiden Ministerien scheinbar überhaupt nicht gut zusammen. Vielleicht sollten Sie sich ein Beispiel am Bund nehmen, wo das Landwirtschaftsministerium und das Umweltministerium Hand in Hand gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Niedermoorflächen in Bayern werden landwirtschaftlich genutzt. Deren Wiedervernässung wäre eine unglaublich wirksame Klimamaßnahme. Aber für die Eigentümer, also für die Bauern, bedeutet das eine riesige Veränderung in der Bewirtschaftung, und dafür braucht es Geld für die Forschung – was kann man darauf anbauen, wie kann man die Produkte verwenden? – und finanzielle Investitionen in klimaschonende Bewirtschaftung von Moorflächen. Dazu haben wir natürlich auch einen Antrag gestellt – mit sehr viel Geld hinterlegt.

Zum Abschluss möchte ich noch auf das wichtige Thema Wald eingehen. Satellitenaufnahmen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt zeigen, dass der Klima-

wandel dem Wald viel stärker zusetzt, als wir bislang angenommen haben. Fast 5 % der Wälder sind zwischen 2018 und 2021 durch Hitze und Dürre für uns verloren gegangen. Dies sind direkte Folgen des Klimawandels.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Ihre Redezeit!

Gisela Sengl (GRÜNE): Oh, meine Zeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Die letzten fünf Sekunden für den Wald laufen.

Gisela Sengl (GRÜNE): Der Wald braucht zusätzliches Personal. Wir stehen vor der Mammutaufgabe, einen klimastabilen Wald für die kommenden Generationen zu schaffen. Dies ist ein Wettlauf gegen die Zeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, jetzt zum Ende zu kommen.

Gisela Sengl (GRÜNE): Wir sehen, die Aufgaben sind riesig. Deshalb brauchen wir einen anderen Haushalt. In diesem Haushalt kann ich nicht erkennen, dass die Zeichen der Zeit erkannt werden und wirklich –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank.

Gisela Sengl (GRÜNE): – etwas für den Klimaschutz und die Landwirtschaft getan wird.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Leopold Herz für die FREIEN WÄHLER.
Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Sieht man hier die Zeit?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sobald Sie zu sprechen beginnen, zeigt sich auch die Zeit.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede der Kollegin hat deutlich gezeigt: Lebensmittel sind mehr wert, als sie kosten. Wir könnten in Deutschland und Bayern beispielsweise die Schweinehaltung zerstören, aber dann gehen die Halter in andere Länder, und Deutschland wird beispielsweise mit Waren aus anderen EU-Staaten beliefert. Ich glaube, dies kann keine Lösung sein. Insofern möchte ich es damit zunächst bewenden lassen.

Jetzt möchte ich auf den Haushalt eingehen; denn dieser hat mit 1,8 Milliarden Euro trotz Corona und der Kriegssituation einen erfreulichen Umfang. Wir haben über 100 Millionen Euro zugelegt. Dafür möchte ich mich beim Ministerium und bei der Ministerin bedanken, der wir von hier aus gute Genesung wünschen. Ich möchte mich auch beim Finanzminister bedanken. In diesen schwierigen Zeiten solche Beträge bereitzustellen, ist keine Selbstverständlichkeit. Ich möchte mich zudem bei den Haushaltspolitikern besonders erkenntlich zeigen, allen voran bei unserem Kollegen Bernhard Pohl, der dies sehr gut aufbereitet hat. Ich bedanke mich auch bei Herrn Kollegen Nikolaus Kraus als Ideengeber. Es ist wichtig und gar nicht so einfach, diese Themen zusammenzufassen und in einen Haushalt einzubringen. Noch einmal herzlichen Dank an die beteiligten Personen. Ich glaube, das ist ein mutiges Projekt.

Ich möchte ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Dies müssen wir bei dieser Debatte dringend besprechen. Zum einen haben wir wieder wesentliche Gelder in die ländliche Entwicklung hineingegeben. Dies wird oft kritisiert, weil es nicht typisch landwirtschaftlich wäre; aber ländlicher Raum und Landwirtschaft gehören zusammen. Es wäre sicher angebracht, in zukünftigen Haushalten etwas für die Ämter für Ländliche Entwicklung nachzuschießen; denn wir haben hier einige Projekte begonnen, die auf eine Beendigung warten. Hier sollten wir versuchen, etwas nachzuschießen, wenn dazu noch die Möglichkeit besteht.

Ebenso bedanke ich mich für die knappe halbe Million Euro, die wir in die Gülleforschung investiert haben. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben die besagte Petition von über 13.000 Landwirten erhalten, in der eine bestimmte Technik der Ausbringung dargestellt wurde. Wenn 90 % der Landwirte sagen, das geht so nicht und ist nicht praxisgerecht, ist uns doch klar, dass wir diese Vorgaben von Brüssel aus bringen müssen. Deutschland ist mit einem Vertragsverletzungsverfahren konfrontiert. Jedoch können wir die Landwirte auch nicht mit Vorschriften überschütten, die sie nicht umsetzen können. Dies wäre sicher kein Beitrag zu einer vernünftigen Umweltpolitik. Hier würde ich das Ministerium bitten, dringend nachzubessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dies gilt auch für den letzten Punkt. Wir haben nicht nur am Alpenrand, sondern in ganz Bayern nahezu zur Hälfte benachteiligte Gebiete. Zwar hat die EU hier Vorgaben gemacht, aber wenn mir selbst ein Kollege aus einem guten Ackerbaugesamt erklärt, es sei schwierig zu verstehen, dass es hier nun eine Ausgleichszulage gibt, während Betriebe in typischen Ausgleichszulagegebieten nahezu darauf verzichten müssen, haben wir hier noch Hausaufgaben zu erledigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kollegen! Dank unserer Regierung entfernen wir uns immer mehr vom ursprünglichen Ziel eines ausgeglichenen und schuldenfreien Staatshaushalts in Bayern. Statt Schuldentrückzahlungen wie in den Jahren 2011 bis 2019 haben wir im dritten Jahr in Folge zweistellige Defizite in Milliardenhöhe. Dies hat nicht nur mit der Corona-Pandemie zu tun, sondern auch mit

der Kehrtwende unseres Ministerpräsidenten, der uns laufend mit Mehrausgaben überrascht. Sogar der ORH hat die erhöhte Kreditaufnahme seit 2020

(Zuruf)

in Höhe von 20 Milliarden Euro beanstandet. Vor Beginn der Corona-Pandemie war der Freistaat nur mit 26,8 Milliarden Euro verschuldet. Die Staatsregierung hat die Corona-Pandemie bzw. den Katastrophenfall benutzt, um die Verschuldung bis Ende des Jahres auf 46,8 Milliarden Euro ansteigen zu lassen.

Statt sich in dieser aktuell sehr schwierigen Situation irdischen Problemen wie der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung zuzuwenden, träumt unser Star-Trek-Fan Söder von Abenteuern im Weltall. – Lieber Herr Söder – er ist heute nicht anwesend –, selbst aus dem Weltall betrachtet ist und bleibt unser Bayern auch ein Agrarland. Dies wird schon daran deutlich, dass die Land- und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen fast 15 % der Umsätze der gesamten bayerischen Wirtschaft erzielt, und dies trotz der schwindenden Unterstützung, die unseren Bauern während der letzten Jahrzehnte zuteilwurde.

In den letzten Jahrzehnten haben wir fast die Hälfte unserer Bauernhöfe verloren. Ende 2020 registrierte das Landesamt für Statistik in Fürth nur noch 84.600 Höfe. Die konventionelle Landwirtschaft befindet sich schon seit Längerem auf dem absteigenden Ast. Grund hierfür sind meist regulatorische Gängelungen, geänderte Vorschriften und praxisferne Regelverschärfungen. Dass es auch anders geht, zeigt die ökologische Landwirtschaft. Hier schaffen es selbst kleinere Betriebe, zu überleben und mit schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen klarzukommen. Der Grund dafür sind auch spezifisch angepasste Förderungen wie unter anderem das "BioRegio Bayern"-Programm.

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wollen wir deshalb die Fördermaßnahmen im Rahmen des Landesprogramms "BioRegio Bayern" halbieren und an anderer Stelle ein Förderprogramm zur umweltverträglichen Landwirtschaft neu schaffen. Damit hät-

ten auch konventionelle landwirtschaftliche Betriebe Zugang zu Förderungen, die bislang nur für Biobetriebe vorgesehen waren. Insbesondere vor dem Hintergrund der ausgeweiteten Ausweisung von roten Gebieten und der Umsetzung strengerer Vorgaben in Bezug auf die Wasserreinhaltung bedarf es weiterer ausgleichender Fördermechanismen, um unsere kleinbäuerlichen Betriebe zu erhalten.

Leider wurden diesbezüglich unsere Anträge laufend abgelehnt. Deshalb fordern wir, nicht länger Biobetriebe gegen konventionelle Landwirtschaftsbetriebe auszuspielen und die Förderkulisse "BioRegio Bayern" allen Betriebsformen zugänglich zu machen, sofern hohe Nachhaltigkeitsstandards erfüllt werden. Dabei wollen wir vor allem kleinere Betriebe stärken, die sich durch einen geringen Viehbesatz auszeichnen, was eine Überdüngung der Böden ausschließt. Dies wäre fairer und würde das Höfesterben verlangsamen. Damit könnte auch in Krisenzeiten wie diesen eine Lebensmittelgrundversorgung garantiert werden.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Belastung landwirtschaftlicher Betriebe durch die derzeitige Ausnahmesituation müssen auch jüngste Verschärfungen von Umweltauflagen, wie sie etwa im sogenannten Versöhnungsgesetz zum Ausdruck kommen, vorerst außer Kraft gesetzt werden. Das gilt für Vorgaben, die etwa im Zuge der Novellierung der Düngeverordnung umgesetzt werden sollen; denn Bayern kann es sich nicht leisten, zum jetzigen Zeitpunkt einen weiteren Teil seiner Bauern einzubüßen, die für die künftige Lebensmittelversorgung unabdingbar sind.

Die aktuell desolante Situation der Landwirtschaft beruht im Wesentlichen auf Fehlentscheidungen, die in den letzten Jahrzehnten getroffen wurden. Die GAP ist in der momentanen Ausgestaltung auf der ganzen Linie gescheitert. Sehen Sie es endlich ein: Um das zu korrigieren, muss erst mal die Realität akzeptiert werden. Das ist ein bekanntes Altparteienproblem.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zum Landwirtschaftshaushalt steht heute unter völlig anderen Vorzeichen als vor einem Jahr, ja noch sogar noch unter anderen Vorzeichen als bei der Beratung im Haushaltsausschuss am 24. Februar 2022. Seit dem 24. Februar hat sich unsere Vorstellung von Frieden in Europa verändert und verschoben. Friedenszeiten sind Zeiten des Wohlstands und der Weiterentwicklung; Kriegszeiten sind Zeiten der Armut, des Hungers, des Rückschritts, des Leids und vor allem des Todes.

Angesichts der unvorstellbaren Verbrechen in der Ukraine fällt es schwer, hier im Bayerischen Landtag um mehr Forststellen oder um den Erhalt von Grünflächen für Bienen zu kämpfen. Diese beiden Themen erscheinen klein und unbedeutend, sie sind aber dennoch wichtig, wenn man, wie wir, in die Zukunft denkt; denn die Politik der Vergangenheit, die zu oft unter dem Motto "Wachsen oder Weichen" und vor allem auch von der "Geiz ist geil"-Mentalität geprägt war, hat uns in die Abhängigkeit von großen Handelsketten geführt. Schon während Corona, als sich Lieferketten aufgrund des Lockdowns veränderten, waren Nudeln, Mehl und Hefe ausverkauft. Das wiederholt sich gerade. Insofern kommt dem Landwirtschaftshaushalt in diesem Jahr eine besonders existenzielle Bedeutung zu; denn es geht um nichts weniger als um die Ernährungssicherung in unserem Land. In der Kornkammer Europas tobt ein Krieg, der Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise bei uns haben wird. Vor allem aber wird er Folgen für die Ernährung der Welt haben; denn in anderen Ländern, wie beispielsweise in Ägypten, zählt Brot zu den Nahrungsmitteln, die das Überleben der Familien sichern.

Für unsere Landwirtschaft bedeutet das, sich auf eine Lebensmittelproduktion zu besinnen, die Qualität und Quantität verbindet und so die Chance nutzt, die Menschen

davon zu überzeugen, dass wir den hohen Wert der Regionalität deutlich mehr schätzen und fördern müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch die Chance, auf mehr Nachhaltigkeit, mehr Tierwohl, mehr Umweltschutz, ein verändertes Ernährungsverhalten und eine bessere Bodenpolitik zu setzen, die gleichzeitig auf weniger Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und weniger Scheuklappen beim Ausbau der erneuerbaren Energien setzt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Landwirtschaft in Bayern steht vor einem Umbruch. Wir entscheiden, ob wir das Höfesterben bremsen, den Ausbau der Biolandwirtschaft vorantreiben und die Selbstversorgerquote in unserem Land erhöhen. Es liegt an uns, ob wir die Mammutaufgabe des Waldumbaus verschleppen oder zügig mit ihr vorankommen. Eine soziale und gerechte Landwirtschaftspolitik sorgt dafür, dass Landwirte von ihrem Einkommen leben können, dass Milchpreise steigen und nicht fallen, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten – ob es die Hofbesitzerin, die Erntehelferin oder die Beschäftigte im Schlachthof ist –, für ihre Arbeit einen Lohn bekommen, der zum Leben reicht, dass nachwachsende Rohstoffe produziert werden und dass es für Agroforstsysteme und Agri-PV-Anlagen eine Kultur des Ermöglichens statt des Verhinderns gibt, dass es dezentrale Schlachthöfe und damit kürzere Tiertransporte gibt, dass gesunde Lebensmittel bezahlbar bleiben und der Begriff des Tierwohls mit Leben erfüllt wird und dass ein Forschungsprojekt zur Kombihaltung unseren Betrieben Zukunftsperspektiven eröffnet.

Eine gute Landwirtschaftspolitik bekämpft die Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen und kann unsere regionale Wertschöpfung beispielsweise durch die Ausweitung des EU-Schulprogramms auf Kinderkrippen und ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder steigern.

Unsere Schweinebauern stehen mit dem Rücken zur Wand. Für die 1.800 Betriebe mit Zuchtsauen gibt es eine Option zu tierwohlaufwertenden Maßnahmen. Auch für die 3.800 Betriebe mit Mastschweinen brauchen wir diese landwirtschaftliche Perspektive.

Vor einem Jahr fand die Anhörung "Bauernland in Bauernhand" statt, um den Ausverkauf unserer Heimat zu stoppen. Noch immer ist der Zugang zu Boden nicht ausreichend geregelt. Share Deals und die Umgehung des Grundstückverkehrsgesetzes ermöglichen die Konzentration landwirtschaftlicher Flächen bei Investoren außerhalb der Landwirtschaft, die dann bei der Flächenprämie die Hand aufhalten und mit Spekulationen die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben. Dieses Geld fehlt unseren Landwirten, die auf ihrem Grund und Boden unsere Lebensmittel anbauen und damit unsere Ernährung sichern.

(Beifall bei der SPD)

Hier sollte unsere Landwirtschaftsministerin ansetzen, bevor ökologisch wertvolle Brachflächen reaktiviert werden, auf denen dann am Ende Mais angebaut wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben in den letzten zwei Jahren erlebt, wie wichtig der Wald nicht nur als CO₂-Speicher gegen den Klimawandel ist, sondern auch als Erholungsort. Wildschäden und Freizeitdruck setzen dem Wald aber zu. Für diese Herausforderungen braucht es mehr Stellen im Forstbereich. Nach wie vor fehlen uns Försterinnen und Förster, um die großen Reviere zu bewirtschaften und Kommunen und private Waldbesitzer richtig zu beraten.

Noch ein paar Worte zur Biolandwirtschaft: Wir haben das Ausbauziel von 30 % ökologischer Landwirtschaft in Bayern bis zum Jahr 2030 beschlossen. Es könnte nun auch etwas schneller gehen, wenn der Krieg in der Ukraine dazu führt, dass Düngemittel teurer werden und wir in Bayern diese Zeitenwende nutzen, um unabhängiger von Mineraldüngern zu werden. Hier fehlt uns eine Vision, wie Sie umstellungswillige Landwirte besser unterstützen möchten, um auf diesem Weg mehr Klimaschutz und mehr Biodiversität zu erreichen. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe arbeiten an

365 Tagen im Jahr in den Ställen, auf den Feldern und in den Wäldern und sorgen auch für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Dafür will ich ihnen heute danken.

Zum Ende meiner Rede möchte ich aber noch einmal auf den Anfang meiner Rede zurückkommen. Nichts auf dieser Welt ist selbstverständlich, weder der Frieden noch das tägliche Brot. Umso mehr sollten wir beides schätzen und all jenen Menschen dankbar sein, die sich täglich dafür einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, danke schön. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Abgeordneten Petra Högl von der CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

Petra Högl (CSU): Liebe Kollegin Ruth Müller, du hast angesprochen, dass das Thema Tierwohl ja in aller Munde ist und dass Bayern etwas machen soll. Bayern macht etwas. Wir legen das Programm "BayProTier" auf.

Ich möchte den Ball in diesem Fall aber nach Berlin spielen; denn die Bundesregierung denkt nicht daran, die Empfehlungen der Borchert-Kommission umzusetzen. Eine Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens zum Thema Tierwohl fand im Bundesrat keine Mehrheit. Ich würde sagen: Bayern handelt, der Bund jedoch nicht.

Ruth Müller (SPD): Liebe Kollegin Petra Högl, die Landwirtschaftspolitik wurde in den letzten Jahren sowohl in Bayern als auch im Bund von der CSU und der CDU geprägt. Die CDU-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat das Thema Tierwohl in den letzten Jahren nicht beachtet und nicht behandelt. Das hat dazu geführt, dass die Diskussion, was Tierwohl ist, dem Lebensmitteleinzelhandel überlassen worden ist. Das hat auch dazu geführt, dass beispielsweise bei der Milch unsere Milchbäuerinnen und Milchbauern nicht mehr wissen, wie es weitergeht, weil klare Definitionen fehlen. Das ist ein klares Versäumnis Ihrer landwirtschaftspolitischen Kollegen und Kolleginnen im

Bund. Das wird jetzt nicht so schnell geändert werden können, weil man natürlich die letzten Jahre erst mal aufarbeiten muss.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedstaaten in der EU anschaut, dann spiegelt das eines nicht wider: die Bedeutung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Europa. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung beträgt in der EU gerade einmal 1,8 %. Aber der Agrarhaushalt ist auf europäischer Ebene der größte und damit auch wichtigste Einzelposten des Gesamthaushalts.

Ein großes Problem ist aber nach wie vor, dass die Ausgestaltung der gemeinsamen Vorgaben in den Mitgliedstaaten oft sehr unterschiedlich gehandhabt wird, gleichgültig, ob es die Umsetzung der Vorgaben der Nitratrichtlinie oder die Einhaltung der Bestimmungen beim Pflanzenschutz ist. Von fairem Wettbewerb sind wir hier leider noch weit entfernt.

Der Umbau der Nutztierhaltung zu mehr Nachhaltigkeit und Tierwohl – Kollegin Högl hat das ebenfalls angesprochen – wird die große Aufgabe für Bayern, aber auch für den Bund sein; denn die Nutztierhaltung ist immer noch das wirtschaftliche Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft. Sie haben thematisiert, dass es erst im Jahr 2023 dafür Geld geben soll, zunächst zumindest 150 Millionen Euro; aber es ist ein Anfang. Sowohl dem Bundeslandwirtschaftsminister als auch den FDP-Agrarpolitikern im Bund ist klar, dass der Umbau der Nutztierhaltung ganz oben auf der Tagesordnung steht.

Man müsste jedem angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage erklären, dass dies bei den Koalitionsverhandlungen nicht so vorausgesehen, geschweige denn finanziell eingeplant war und dass unter diesen Voraussetzungen eben nicht alles, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, auch aktuell umsetzbar ist und dass es angepasst werden muss.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft geht für den Umbau der Tierhaltung von einem Finanzbedarf von insgesamt jährlich mindestens 3,6 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zum Sondervermögen der Bundeswehr ist das schon fast vernachlässigbar. Nichtsdestoweniger sind die Angriffe auf die Ampel-Regierung, die wir hier seit Wochen mitbekommen, nicht nur plump, sondern auch nicht gerechtfertigt. Als ob in den 16 Jahren zuvor alles optimal gelaufen wäre! Ich sage nur: Düngeverordnung. Das haben wir hier im Haus schon sehr oft diskutiert.

Wir als FDP-Fraktion sind gespannt auf das neue, mit 6 Millionen Euro ausgestattete Förderprogramm "BayProTier" zur Honorierung besonders tiergerechter Haltungsverfahren, vor allem auf die konkrete Ausgestaltung des Programms. Dieses bayerische Tierwohlprogramm wurde von Ministerin Kaniber zum ersten Mal im Agrarbericht 2020 erwähnt; das ist ja auch schon wieder zwei Jahre her.

Eine sehr große Herausforderung für die Landwirtschaft hier in Bayern ist vor allem die Erhaltung und Renaturierung der Moore. Moore gelten unbestritten als die bedeutendsten Co-Senken. In Bayern emittieren entwässerte Moore rund 5 Millionen Tonnen CO-Äquivalente pro Jahr. Laut Experten ist die Kosten-Nutzen-Bilanz bei der Einsparung von Treibhausgasemissionen beim Moorbodenschutz besser als in den meisten nichtlandwirtschaftlichen Sektoren; innerhalb der Landwirtschaft sei der Moorboden einer der sichersten und kosteneffizientesten Maßnahmen. Die Fachleute der Landesanstalt für Landwirtschaft sind auch der Meinung, Klimazertifikate könnten eine langfristige, sichere Einnahmequelle für wiedervernässte Moorflächen bieten.

Mit dem sogenannten Moorbauern-Programm sollen in Bayern 55.000 Hektar Moorflächen bis zum Jahr 2040 renaturiert werden. Im Durchschnitt bedeutet das 2.750 Hektar pro Jahr. Eines muss uns hier bewusst sein: Ein Großteil davon ist Privateigentum. Die moorverträgliche Bewirtschaftung wie Nassgrünland oder Paludikulturen ist für landwirtschaftliche Betriebe allerdings wenig attraktiv. Wir als FDP-Fraktion würden auch gern über Photovoltaiknutzung auf den Moorflächen reden. Das geht sicherlich nicht überall, aber vielleicht punktuell und stellenweise.

In der Expertenanhörung zum Moorschutz waren Förderungen in Höhe von 1.500 bis 2.000 Euro pro Hektar im Gespräch. Wenn wir das auf die Moorflächen hochrechnen, die renaturiert werden sollen, kommen wir auf einen Betrag von 80 bis 110 Millionen Euro. Das Geld müssen wir irgendwo hernehmen.

Auf keinen Fall dürfen wir bei den Maßnahmen zum Waldumbau sparen. Das müsste jedem hier klar sein. Wir als FDP-Fraktion stehen hinter zusätzlichen Investitionen für den Waldumbau zum klimastabilen Mischwald. Besonders unsere Privatwaldbesitzer müssen wir unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Wir als FDP-Fraktion stehen hinter den großen Ausgabeblöcken im bayerischen Agrarhaushalt. Wir sind gespannt, wie das bayerische Programm zum Tierwohl konkret ausgestaltet wird. Das Moorbauern-Programm werden wir kritisch begleiten. Dem Einzelplan werden wir insgesamt zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Alexander Flierl. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Alexander Flierl (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der Tat und völlig unbestreitbar sendet dieser Haushalt ein kraftvolles Signal für die Zukunft unserer

Landwirtschaft und für unsere bäuerlichen Betriebe. Er hat dabei alle landwirtschaftlichen Betriebsformen fest im Blick, egal ob öko oder konventionell, und gestaltet einen vitalen ländlichen Raum. Dieser Haushalt unterstreicht eindeutig auch die Bedeutung unserer Landwirtschaft. Unsere Bäuerinnen und Bauern arbeiten in und mit der Natur und gewährleisten eben auch Versorgungssicherheit. Dies haben sie während der Zeit der Corona-Pandemie, die ja noch andauert, und auch jetzt gerade, in Zeiten des Ukraine-Krieges, eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Deswegen sind unsere Bäuerinnen und Bauern, unsere Landwirtschaft eindeutig und besonders systemrelevant. Dies schlägt sich auch in diesem Haushaltsentwurf und in diesem Haushalt nieder.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Opposition zeichnet ein Zerrbild dieses Haushalts. Die Vorwürfe, man würde nicht auf die Krisenzeiten Rücksicht nehmen, sind unlauter und unberechtigt. Zur AfD sage ich gleich gar nichts. Da hat man wohl den falschen Sprechzettel mitgegeben; das war anfangs ja wohl wirklich eine Themaverfehlung. Aber ich möchte insbesondere auf SPD und GRÜNE eingehen.

Dieser Haushalt unterstreicht, dass wir die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit besonders beraten, stärken und auch leistungsfähig erhalten wollen. Wir unterstützen massiv bei baulichen Investitionen mit dem BaySL oder mit der EIF. Wir unterstützen den Waldumbau mit zusätzlichen 20 Millionen Euro und mit den zusätzlichen Stellen, die gewährleisten, dass der Waldumbau gelingt; wir setzen auf die Naturverjüngung und auch auf neue Baumarten.

Mit diesem Haushalt können wir die großen Herausforderungen angehen, vor denen wir stehen. Ich nenne hier den Klimawandel, an den wir uns anpassen müssen, und den Klimaschutz. Ich nenne den Gewässerschutz und den Erhalt der Artenvielfalt. Wir gehen im KULAP massiv in die Höhe. Wir unterstützen durch das Kulturlandschaftsprogramm mit 337 Millionen Euro. Dies zeigt sich eben auch daran, dass in Deutsch-

land Agrarumweltmaßnahmen lediglich mit 34 Euro pro Hektor gefördert werden und in Bayern mit 98 Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt zeigt klar, dass unsere bayerische Landwirtschaft, unsere Bäuerinnen und Bauern nicht Teil des Problems sind, wie häufig von Rot-Grün vorgeworfen und unterstellt wird, sondern sie sind gerade bei diesen großen Herausforderungen des Klimawandels, des Gewässerschutzes und des Artenschutzes Teil der Lösung. Nur zusammen mit der Landwirtschaft können wir die Herausforderungen angehen. Dazu leistet dieser Haushalt einen gewichtigen Beitrag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen benötigen unsere Landwirte auch Unterstützung. Sie verdienen die Unterstützung, um zukunftsfähig zu bleiben. Dies spiegelt sich in diesem Haushalt wider. Aber diese Unterstützung ist auch aus Berlin nötig und erforderlich. Da kann man nur feststellen: Die Unterstützung aus Berlin ist Fehlanzeige, ist ein Komplettausfall. Ich nenne hier nur die Ablehnung des Anbaus von Nahrungsmitteln und Eiweißfrüchten auf ökologischen Vorrangflächen. Man hält weiterhin an der 4-prozentigen Flächenstilllegung fest. Auch dem EU-Ziel, 30 % der Fläche aus der Nutzung herauszunehmen, wird nicht entgegengetreten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, hier kann ich nur empfehlen: Springen Sie endlich auch in Berlin über Ihren ideologischen Schatten! Fordern Sie den Bundeslandwirtschaftsminister auf, hier umzusteuern!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auf Bundesebene erfolgt auch keine Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung. Es werden nur vollmundige Versprechungen gemacht. Von unserem Bundeslandwirtschaftsminister werden Sprechhülsen gebracht, vollmundig, aber nichts ist dahinter. Da geht Bayern mit dem Programm "BayProTier" entsprechend voran. Wir unterstützen unsere Landwirte auch in diesem Bereich. Genauso setzen wir mit unseren Qualitätssiegeln, dem "Bio-Siegel" und mit "Geprüfte Qualität Bayern", ganz klar auf Herkunftskennzeichnungen. Hier macht der Bund eben nicht seine Hausaufgaben. Liebe

Kolleginnen und Kollegen, tragen Sie deswegen Sorge dafür, dass die berechtigten Belange der bayerischen Landwirtschaft auch in Berlin endlich aufgegriffen werden!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt setzt gewichtige Akzente für unsere bayerische Landwirtschaft und für den bayerischen Weg der Unterstützung der bäuerlichen Betriebe. Ich danke hier besonders unserer Staatsministerin Michaela Kaniber und wünsche ihr auch von dieser Stelle aus gute Besserung. Ich danke dem Ministerium für diesen Haushalt und bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Nikolaus Kraus. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Es sind schon viele Zahlen genannt worden. Grundsätzlich sind wir mit dem Haushalt sehr zufrieden. In ihm befinden sich gute Ansätze. Wir haben gerade über den Moorschutz gesprochen, für den 12,5 Millionen Euro bereitstehen. Wir möchten diesbezüglich aber schon unterscheiden, ob es sich um Privatflächen oder um staatliche Flächen handelt und ob zum Beispiel, wie im Donaumoos, die Keller der Anwohner gefährdet sind.

Was mich besonders freut: Für den Gartenbau sind 3 Millionen Euro und für Streuobst 1,2 Millionen Euro enthalten, aber auch für Humusaufbau, was ein zentrales Thema ist.

Für das Tierwohl ist natürlich Geld vorhanden. Wenn wir aber den Einzelhandel, den Lebensmittelgroßhandel, die Discounter nicht ins Boot bekommen, wird die Landwirtschaft leider zweiter Sieger sein.

Ich bin aber nicht nur über den Haushalt glücklich, sondern eventuell auch über den Stellenplan, da ich mich zum Beispiel noch sehr gut an die Ämterreform bei den Landwirtschaftsämtern erinnern kann. Die Landwirtschaftsverwaltung hat darunter unwahrscheinlich leiden müssen, und sie leidet heute noch darunter. Die Ämter leiden unter Arbeitsüberlastung; sie haben Personalprobleme. Wir haben es gehört: Die Landwirtschaft ist systemrelevant – Gott sei Dank. Mittlerweile haben dies größere Teile der Bevölkerung und der Politik erkannt. Deshalb hätten wir durchaus Bedarf an einigen Stellen, allein schon mit Blick auf die Lebensmittelsicherheit und die Lebensmittelversorgung. Im Stellenplan ist hierzu aber nichts vorgesehen.

Wenn man Einnahmen hat, hat man natürlich auch Ausgaben. Ich bin nicht über alle Ausgaben glücklich. Ich schwenke zum Umweltsektor und komme zum Beispiel zu Wolf und Biber. Ich vergleiche das mit der Medizin. In der Medizin sollte man eigentlich die Ursachen bekämpfen. Wenn man sich einen Splitter oder Schiefer – ich würde sagen, wir haben uns einen Schiefer eingezogen – eingezogen hat, zieht man den Schiefer wieder heraus, sprich: Wir entfernen das, was Probleme macht. Was macht die Politik bei diesen Themen? – Sie stellt Gelder für Herdenschutz zur Verfügung, der nicht brauchbar und nicht praktikabel ist, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen und Tiere zu entnehmen, die in gewissen Gebieten einfach keine Daseinsberechtigung haben. Noch einmal zum Schiefer: Wir kleben ein Pflaster drauf und warten, bis es eitert, und dann sind wir überrascht, dass wir die Ursache nicht bekämpft haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte die Zeit noch nutzen und auf die Kollegin Sengl eingehen, die gesagt hat: die Zeichen der Zeit erkennen. Das ist richtig. Bei den Zeichen der Zeit dürfen wir uns einfach nicht mehr nur von der Ideologie leiten lassen. Ich gehe auf die wahnsinnig hohen Düngemittelpreise und auf die Energiepreise ein und kann den lieben grünen Kollegen nur zurufen: Ihr seid doch am Ziel! Eure politischen Vorgänger haben immer 5 D-Mark für den Liter Sprit gefordert. Jetzt waren wir bei 2,35 Euro für den Liter Diesel – dies entspricht fast 5 D-Mark. Da wird auf einmal geschrien. Dies war aber das

Ziel eurer politischen Vorgänger. Also: Ziel erreicht! Für diejenigen, die jetzt produzieren und auf Diesel, auf Treibstoff angewiesen sind, ist dies natürlich Wahnsinn. Jetzt auf einmal zählt alles das, was einmal war, nicht mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss – Punktlandung –: Zustimmung zum Haushaltsentwurf. Natürlich werden wir die Themen im Ausschuss weiter besprechen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Albert Füracker. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche auch von dieser Stelle aus unserer lieben Landwirtschaftsministerin alles erdenklich Gute und beste Genesung – wie auch allen anderen, die im Moment von der unkalkulierbaren Malaise betroffen sind.

Ich versuche, die Landwirtschaftspolitik der Landwirtschaftsministerin, hinter der ich zu 100 % stehen kann, hier so zu verdeutlichen, dass alle sehen, dass die Landwirtschaftspolitik in Bayern bei Michaela Kaniber in allerbesten Händen ist. Das sage ich nicht nur, weil ich das einfach so sagen möchte, sondern weil ich bei der Landwirtschaft selbst ein bisschen mitreden kann. Immerhin habe ich in meinem Leben über 20 Jahre eine Landwirtschaft im Vollerwerbsbetrieb geleitet, bevor ich Politiker geworden bin. Ich meine insofern, dass man mir auch zutrauen kann, dass ich das Empfinden der Landwirte etwas kenne. Ich bin nach wie vor mit vielen Landwirten befreundet und weiß auch, wie kompliziert das schon vor Corona und vor dem Ukraine-Krieg war. Jetzt entdecken plötzlich alle das Herz für die Landwirtschaft. Es entsteht aber der

Eindruck, dass viele ihr Herz nur verbal entdecken. Dazu werde ich noch etwas anmerken.

Bei uns in Bayern ist das nicht so. Michaela Kaniber hat nicht nur verbal ein großes Herz für Landwirte, sondern sie tut auch, was sie kann. Ich weiß das aus den Haushaltsverhandlungen, die immer ein großer Kampf sind. Man unterstellt mir ja, dass ich bei den Bauern besonders großherzig bin. Michaela Kaniber mit ihrem Charme kann dies im Haushalt natürlich immer abbilden. So steigt der Landwirtschaftshaushalt um 114 Millionen Euro. Das ist ein sehr starkes Signal. 1,8 Milliarden Euro Landwirtschaftsetat in Bayern – so viel wie noch nie. Das erreicht zu haben, ist ein großes Verdienst der Ministerin und des Landwirtschaftsministeriums. Sie kämpft für die Landwirte in Bayern.

Der Stellenwert der Landwirtschaft bildet sich nicht nur bei den Bäuerinnen und Bauern selbst ab, sondern betrifft eine gesamte Branche. Egal ob es der Wald ist, egal ob es die Jagd ist, egal ob es die Lebensmittelwirtschaft ist – alles hat mit der Landwirtschaft zu tun und hängt von der Landwirtschaft ab. Deswegen behaupte ich – obwohl ich auch für vieles andere verantwortlich sein darf –: Es gibt nur eine Branche, die wirklich überlebenswichtig im ursprünglichen Sinn ist, und das ist die Land- und Forstwirtschaft; denn wenn wir nichts zu essen haben, meine Damen und Herren, ist alles andere plötzlich zweitrangig. Wir sehen jetzt wieder, wie manche bibbern und Sorge haben: Oh, in der Ukraine könnte kein Weizen gesät werden, und es könnte passieren, dass wir eine große Lebensmittelknappheit bekommen. – Ja, das könnte passieren, meine Damen und Herren.

Wir in Bayern wissen schon immer, dass regionale Wertschöpfungsketten neben den internationalen Märkten notwendig sind. In Bayern wird für den Wochenmarkt und für den Weltmarkt produziert. Das ist auch wichtig; denn ohne Weltmarkt hätten auch wir unsere Produkte oft nicht verkaufen können. In meinem Landkreis wird zum Beispiel 1,8-mal so viel Milch produziert, wie dort getrunken werden kann. Wenn man also niemanden außerhalb des Landkreises finden würde, der diese Produkte kauft – die

bayerischen Produkte sind am internationalen Markt sehr gefragt –, dann hätte es die Landwirtschaft bei uns noch schwerer. Weltmärkte und Wochenmärkte sind wichtig. Das wissen wir, und das haben wir auch immer so gesehen.

Auch bei uns muss die Landwirtschaft nicht neu erfunden werden. Cem Özdemir sagte, dass die alten Sprechzettel herausgeholt würden. – Nein, alte Sprechzettel gibt es in der bayerischen Agrarpolitik nicht; denn, meine Damen und Herren, Bayern war immer auf dem richtigen Kurs und braucht keine Rolle rückwärts zu machen, wenn es zum Beispiel um das Tierwohl geht, wenn es um Klimaschutz geht, wenn es um Umweltschutz geht. Diesen Zukunftsaufgaben stellen wir uns mit sehr viel Geld. In der Regierungserklärung der Ministerin wurden die Dinge angekündigt, und im Haushalt werden sie jetzt umgesetzt.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Tierwohl sprechen, möchte ich Ihnen einmal einen Vortrag halten. Dazu habe ich jetzt aber leider nicht die Zeit. Als ich 1985 meine landwirtschaftliche Berufsausbildung begonnen habe, habe ich im ländlichen Raum bei kleinen bäuerlichen Betrieben und auch bei mir zu Hause Kuhställe gesehen mit zum Beispiel zwölf Kühen in Anbindehaltung mit Ketten im dunklen Raum, hinten im Gang hingen die Kälbchen am Strick. Das war das Tierwohl des Jahres 1985. Nirgendwo hat es in der Landwirtschaft beim Thema Tierwohl in Bayern solche Fortschritte gegeben wie zum Beispiel in der Milchvieh- und Rinderhaltung. Das sollte man doch auch einmal sagen, und wir sollten uns darüber freuen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich kommt es jetzt darauf an, dass wir die Umsetzung gut gestalten. Frau Sengl sagte, man sollte für die Landwirtschaft nicht mit Verkostungsproben Werbung machen. Erstens. Die Menschen entscheiden selbst, was sie essen wollen. Wenn sie Fleisch und Wurst regional, ökologisch oder konventionell wollen, sollten wir das unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweitens. Wir haben eine Agentur für Lebensmittel in Bayern, die dafür sorgt, dass Werbung betrieben wird. Die Ministerin gibt dafür 6 Millionen Euro aus; 2 Millionen davon – hört, hört! – sind für die Produkte des ökologischen Landbaus. Mit 30 % der Werbegelder wirbt das Landwirtschaftsministerium für Produkte des ökologischen Landbaus. Frau Sengl, ich meine, das ist doch auch in Ihrem Sinn. Ökofleisch ist ebenfalls ein sehr gesundes Produkt. Ich würde ganz sicher auch dafür werben, wäre ich Landwirtschaftsminister.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eine bayerische Forderung ist, dass die EU endlich Ernährungssicherheit als strategisches Ziel begreifen muss. Sie hat dies jetzt nach der Ukraine-Debatte angedeutet. Jetzt wird über Zwangsstilllegungen ökologischer Vorrangflächen diskutiert, und andere Dinge kommen auf den Tisch. Meine Damen und Herren, es hat einfach keinen Sinn, dass wir in Bayern und in Deutschland Ackerflächen stilllegen und dann Produkte, die irgendwo in Übersee oder Gott weiß wo und mit welchen Standards auch immer produziert werden, bei uns importiert werden. Es ist doch besser, den Bauern in Deutschland, wie es zum Beispiel in Frankreich jetzt geschieht, zu erlauben, diese Flächen wieder zu nutzen; denn wir müssen dafür sorgen, dass unsere Nahrungsmittelsicherheit gewährleistet bleibt. Wir sollten hierzu unseren Beitrag in Europa leisten. Ich kenne keinen Bauern in Bayern, der die derzeitige Entscheidung versteht. Die Bauern fragen mich: Seid ihr wirklich noch von heute? Jetzt erlaubt die EU, diese Flächen während der Ukraine-Krise vorübergehend zu nutzen, aber der Bundeslandwirtschaftsminister sagt im besten Deutsch "Njet". Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier "Njet!" zu sagen, ist nicht nur unvernünftig, sondern ist unverantwortlich. Wir sollten schauen, dass wir die Flächen bei uns nutzen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Grüne Agrarpolitik sind offenbar Lippenbekenntnisse. Das trifft auch beim Umbau der Nutztierhaltung zu. Die ist von vielen Vorrednern angesprochen worden. Ich möchte

das auch noch mal darstellen. Es gibt das Programm "NextGenerationEU" der Europäischen Union. Sie kennen das alle, und Bayern bekommt daraus auch ELER-Mittel. Das Landwirtschaftsministerium setzt diese klug ein, unter anderem auch zum Bau der Tierwohlställe. 83 Millionen stehen bereit, insbesondere auch zur Unterstützung von Tierwohlställen. Wer bauen will, bekommt bis zu 40 % Förderung. Es geht auch hier nicht nur über den Bau als solchen hinaus, sondern es wurden auch die Möglichkeiten des Programms "BayProTier" dargestellt. Hierfür stehen im ersten Jahr 6 Millionen Euro zur Verfügung, insbesondere für die Unterstützung der Zuchtsauenhalter. Nach dem, was die erlebt haben, ist es, glaube ich, auch notwendig und sinnvoll, damit zu beginnen.

Im Übrigen, Frau Sengl, wird Weidehaltung in Bayern prominent unterstützt, mit 33 Millionen Euro im Haushalt, davon 15 Millionen für die Weideprämie, 3 Millionen alleine für Schafe und Ziegen. Ich glaube, damit kann man schon einiges machen. Und was machen wir in Berlin? – Wir brauchen jetzt rasch die Umsetzung der Vorschläge der Borchert-Kommission. Sie liegen auf dem Tisch. Was fehlt, sind im Moment zwei Sachen: der politische Wille der Bundesregierung und eine solide Finanzierung.

Was wir noch brauchen, sind natürlich im Bereich Bau- und Emissionsrecht Auflagen, die für die Tierwohlställe auch erfüllbar sind. Es ist schon lustig. Wir alle fordern regionales Fleisch. Wir wollen regionales Fleisch. Wenn dann einmal ein Bauer einen regionalen Stall bauen möchte, kommt man sehr schnell auf die Idee, dass der etwas zu regional am Dorf ist. Dann sagen wir dem Bauern: Siedle doch bitte aus, dein Regionalstall ist zu regional am Dorf. Dann siedelt er aus, und dann kommt der Immissionschutz und sagt: Das ist jetzt etwas zu regional am Wald. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Art von Regionalität kann ein Bauer nur verzweifeln.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Forstbereich sind die Zahlen beeindruckend: 2022 sind es 96 Millionen Euro, so viel wie nie. 2018 waren es noch 30 Millionen. Das will ich nur mal sagen. Dafür, dass

diese Wälder zu klimatoleranteren Misch- und Zukunftswäldern umgebaut werden sollen, gibt es im Haushalt von Michaela Kaniber 20 Millionen mehr.

Bei den Moorböden wusste ich gar nicht, ob ich auf meinem Platz lachen, platzen oder mich wundern soll. Fakt ist Folgendes: Wir haben im bayerischen Haushalt in diesem Jahr im Umwelt- und im Landwirtschaftsministerium additiv 25 Millionen Euro für die Moore vorgesehen. Für Bayern! Der hochgelobte Bund, bei dem diese zwei Ministerien so gut zusammenarbeiten, hat für ganz Deutschland 48 Millionen vorgesehen, für zehn Jahre! Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn da noch große Töne seitens Berlin und grüner Agrarpolitik gespuckt werden, dann, muss ich ganz offen sagen, ist irgendetwas falsch verstanden worden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für das KULAP gibt es 337 Millionen Euro, ein einziger Rekord. Für den Ökolandbau gibt es in Bayern 100 Millionen Euro. Nirgendwo wird der Ökolandbau in der Gänze mehr unterstützt als in Bayern. Im Bereich Ökolandbau wird Forschung betrieben, im Bereich Bildung, Beratung, Vermarktung – alleine dafür werden 2,5 Millionen aufgewendet.

Die aus dem Doppelhaushalt 2019/2020 resultierenden Artenschutz- und Klimaprogramme – Stichwort: Volksbegehren – werden fortgesetzt, mit 60 Millionen im Haushalt auch im Jahr 2022.

177 Millionen gibt es für die ländliche Entwicklung. Das sind 30 Millionen mehr, weil man natürlich auch aus dem Corona-Programm und über die Fraktion noch Zusätzliches tun konnte. Aber es sind 177 Millionen für die Dorferneuerung in Bayern, meine Damen und Herren. Ich glaube, auch da kann das Landwirtschaftsministerium dem Auftrag, ländliche Räume optimal zu unterstützen, sehr gut nachkommen. Dort geht es natürlich über die Landwirtschaft hinaus um den ländlichen Raum selbst, um die Innerortsentwicklung unserer Dörfer, um die Frage, wie wir es schaffen können, dass junge Menschen und auch Seniorinnen und Senioren gerne in ihrer Heimat bleiben und da

auch bleiben können. Wie kann ich eine Symbiose herbeiführen zwischen der landwirtschaftlichen Nutzung des ländlichen Raumes und den Menschen, die dort leben? – Ich glaube, auch hier gibt es einen Beweis dafür, dass dem Landwirtschaftsministerium mit diesem Haushalt wirklich ein großer Wurf gelungen ist.

Sie sehen, wir brauchen keine alten Sprechzettel. Die gibt es bei uns auch gar nicht. Die Agrarpolitik in Bayern ist up to date.

Aber die Betriebsmittelpreise steigen selbstverständlich. Die Bauern haben große Sorge, wie alle anderen in der Wirtschaft auch. Der Dieselpreis steigt, der Düngerpreis steigt, die Preise für Produktionsmittel aller Art, Futtermittel, was auch immer benötigt wird, steigen natürlich an. Wir müssen auch hier etwas entgegenkommen. Wir machen auf Bundesebene Entlastungspakete – jedenfalls sind die angekündigt.

Im Übrigen ist über dieses Energieentlastungspaket offenbar eine ganze Nacht verhandelt worden. Das Ergebnis kann aber niemand, der dort mitverhandelt hat, aus dem Stegreif jemandem erklären, abgesehen davon, dass noch niemand weiß, wie man das alles administriert. Ich bin immer ganz begeistert davon, was in Berlin alles in die Welt gesetzt wird, was irgendjemand dann schon umsetzen wird, unabhängig davon, dass uns das in Bayern auch sehr viel kosten würde.

Aber einer ist beim ganzen Energieentlastungspaket wieder vergessen worden: Neben Rentnern und anderen, denen man offensichtlich keine Entlastung zukommen lassen möchte, hat man über Landwirtschaft nicht einmal gesprochen. Deswegen habe ich mir gestern fachfremd erlaubt, liebe Damen und Herren aus dem Landwirtschaftsministerium, die Agrardieselerstattung noch einmal anzusprechen. Denn das ist etwas, was den Bauern jetzt schnell helfen würde. Wir haben ja noch 23 Cent Luft in Deutschland. Wenn die rot-grüne Regierung – und die FDP dazu – dabei helfen will, den Bauern schnell Entlastung zukommen zu lassen, kann man das morgen beschließen, ohne Probleme, rasch und unbürokratisch.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, warum soll man jetzt die ökologischen Vorrangflächen trotzdem noch nutzen? – Lassen Sie mich das zum Schluss noch sagen: Es gibt keine Teller-statt-Trog-Debatte. 30 % unserer landwirtschaftlichen Flächen in Bayern sind Wiesen und Weiden. Wiesen und Weiden, meine Damen und Herren, kann nur der Tiermagen verwerten – zu einem guten landwirtschaftlichen Produkt, zu einem guten Ernährungsprodukt. Etwas anderes ist gar nicht möglich, weil der Mensch kein Gras essen kann. Bei Demeter ist es für Ökobauernhöfe zum Beispiel sogar Pflicht, Tierhaltung zu betreiben. Wir sollten deswegen tatsächlich nicht immer die Diskussion führen, als hätten wir hier eine Konkurrenzsituation mit der Tierhaltung per se.

Zur Ölgewinnung aus Raps gibt es auch eine interessante Zahl: Neben 40 Litern Öl entstehen auch 60 Kilogramm Rapsschrot – oder Sonnenblumenpresskuchen, wenn man Sonnenblumen zugrunde legt: Tierfutter. Sollten die Landwirte also weniger Raps anbauen und dafür mehr Palmöl importieren? Ist das unsere Lösung? – Ich glaube, wir können auf unseren Flächen, bei uns in Deutschland, wirklich alles das tun, was für eine regional gesunde Landwirtschaft, für eine ökologisch sinnvolle Tierhaltung, notwendig ist.

Egal ob im konventionellen Bereich oder im ökologischen Bereich, ich kenne unglaublich viele Bauern. Alle eint eines: Alle eint die Überzeugung, dass sie erstens das Beste für ihre Tiere wollen und dass sie zweitens das Beste für ihre landwirtschaftlichen Nutzflächen und für ihren Besitz wollen, von dem sie nicht abbeißen wollen, sondern den sie an die nächste Generation weitervererben wollen.

Zu diesem Gerücht, dass der Strukturwandel in Bayern so groß wäre: Ja, es ist um jeden Betrieb schade, der aufhört. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Strukturwandel ist in Bayern am wenigsten groß. Anderswo ist der Strukturwandel viel größer. Das hat auch damit zu tun, dass die bayerische Agrarpolitik seit vielen Jahren und Jahrzehnten wirkt. So wird es auch mit diesem Haushalt sein.

Liebe Frau Staatsministerin Kollegin Kaniber, ich werde jetzt den Landtag bitten, diesem Haushalt zuzustimmen, aus gutem Grund. Dann kann in Bayern morgen genauso wie gestern und heute eine optimale Agrarpolitik fortgeführt werden.– Danke für Ihre Zustimmung!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich der Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich wollte nur auf drei Wörter eingehen, und zwar sind das die Wörter "unverantwortliches politisches Handeln". Das Einzige, was ich wirklich unverantwortlich finde, ist das Handeln der CSU in der Energiepolitik, das uns jetzt diese Abhängigkeit von Russland in Bezug auf Gas eingebracht hat. Das war Ihr unverantwortliches Handeln in den letzten Jahrzehnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und Sie sind ja nicht mal bereit, da jetzt mal irgendetwas zuzugeben. "Das war vielleicht doch nicht so gut", habe ich von euch noch nie gehört. Die ganze andere Debatte über die erneuerbaren Energien muss ich jetzt nicht ausführen.

Als Zweites will ich Zahlen zur Weidetierhaltung in Deutschland richtigstellen. Man vermutet ja immer, dass in Bayern alle Tiere auf der Weide stehen. Das ist leider nicht so. Nur 19 % aller Weidetiere, aller Nutztiere, stehen auf der Weide. In Deutschland sind wir da besser, das wundert einen: 27 % ist der Durchschnitt in Deutschland. Da ist Bayern also ein bisschen abgeschlagen.

Wer heute noch das Wort Zwangstilllegung für Flächen verwendet, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Gisela Sengl (GRÜNE): – die eigentlich für den Artenschutz da sind, der hat – tut mir leid – gar nicht kapiert, wohin die Landwirtschaftspolitik in Zukunft gehen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Sengl, allein die Tatsache, dass Sie zugestimmt haben, 100 Millionen Euro für den Ökolandbau zu verwenden und 337 Millionen Euro für das KULAP zur Verfügung zu stellen, um flächendeckend Artenschutzmaßnahmen betreiben zu können, zeigt doch, dass Ihre Argumentation nicht zutrifft. Ich sage Ihnen: Es kommt nicht darauf an, ob in diesem Jahr 2 % der agrarökologischen Vorrangflächen bebaut werden. Ohnehin müsste man von 5 % sprechen; denn zu einem hohen prozentualen Anteil werden die Flächen nicht bebaut.

Man kann in einer Ausnahmesituation, wie wir sie haben, in der alle Welt über Ernährungssicherheit spricht, den Bauern auch einmal zugestehen, auf dieser Fläche etwas anzubauen, was für die Ernährungssicherheit genutzt werden kann. Deswegen kommt der Artenschutz sicherlich nicht unter die Räder. Ich habe die Beträge genannt, die für den Artenschutz verwendet werden; es sind 60,7 Millionen Euro. Ich erinnere an all das, was damit gemacht wird. Wir haben das Vertragsnaturschutzprogramm, VNP, und, und, und. Wir sind, was ökologischen Landbau, ökologische und kleinteilige Landwirtschaft anbelangt, längst auf einem Niveau angelangt, um das andere um uns herum uns beneiden; sie wollen auch dorthin.

Sie dürfen einen Fehler nicht machen – wenn ich als jemand, der von Agrarpolitik nicht viel versteht, Ihnen diesen Rat geben darf –: Reden Sie nicht immer die Bauern schlecht! Die Bauern haben das nicht verdient! Unsere Bauern sind super!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20688 mit 20690, 18/20732, 18/20824 mit 18/20833, 18/20942 mit 18/20950, 18/21031 mit 18/21033 und 18/21051 mit 18/21063 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21901, zugrunde.

Zunächst ist über die beiden eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe erhalten: Gegen die einseitige Quotenökologisierung zulasten der konventionellen Landwirtschaft" auf Drucksache 18/20944.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht im Sitzungssaal. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, regional und vielfältig" auf der Drucksache 18/20947 abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen. Fraktionslose Abgeordnete sind wiederum nicht im Sitzungssaal. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 08 selbst. Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/21901, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD- und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Ebenso sehe ich keine fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die SPD und die FDP. Gegen-

stimmen! – Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/21901, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21031 mit 18/21033 und 18/21051 mit 18/21063 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Zusätzliches Personal für die landwirtschaftliche Forschung
(Kap. 08 10 Tit. 428 60)
Drs. 18/20688
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Zusätzliches Personal für den Forstbereich – Förster für den Waldumbau
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/20689
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Zusätzliches Personal für den Forstbereich – Unterstützungskräfte zum Aufarbeiten von Kalamitäten
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 18/20690
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung einer Ertragsversicherung im Wein- und Obstbau
(Kap. 08 03 Tit. 683 04)
Drs. 18/20732
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/20824

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 08 02 neuer Titel)
Drs. 18/20825
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung bayerischer Rinderzuchtverbände
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 18/20826
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Klimanützliche Moorprodukte
(Kap. 08 03 Tit. 892 55)
Drs. 18/20827
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Weidehaltung – gut für Klima, Mensch und Tier
(Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
Drs. 18/20828
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Nachhaltige und solidarische Lebensmittelerzeugung stärken
(Kap. 08 03 TG 58 neuer Tit.)
Drs. 18/20829
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gutes Essen für alle
(Kap. 08 03 TG 59 neuer Tit.)
Drs. 18/20830
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschen und Wissen - für eine klimaangepasste Landwirtschaft in Bayern
(Kap. 08 10 Tit. 547 60)
Drs. 18/20831
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vom Baum zum Holz – Wie viel Nutzung schaffen unsere Wälder?
(Kap. 08 10 Tit. 547 80)
Drs. 18/20832

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Unbefristete Stellen für den Waldumbau sowie die Forstliche Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/20833
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Für eine selbstbestimmte Ernährung unserer Bürger ohne staatliche Einflussnahme
(Kap. 08 03 Tit. 683 59)
Drs. 18/20942
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fokussierung des Haushalts auf Kernthemen der Landwirtschaft beibehalten: Keine übermäßige, nachträgliche Förderung von nichtstaatlichen Bildungszentren aufgrund der Coronapandemie
(Kap. 08 03 Tit. 684 80)
Drs. 18/20943
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe erhalten: Gegen die einseitige Quotenökologisierung zulasten der konventionellen Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 686 55)
Drs. 18/20944
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Für eine langfristige Zukunft von Streuobstwiesen ohne staatliche Subventionen
(Kap. 08 03 Tit. 686 58)
Drs. 18/20945
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Urban Greening vorantreiben, Chancen der Stadtbegrünung nutzen und Lebensqualität erhöhen
(Kap. 08 03 Tit. 883 58)
Drs. 18/20946
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, regional und vielfältig
(Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)
Drs. 18/20947

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Tierwohl als gesellschaftliche Zukunftsaufgabe begreifen und stärker fördern
(Kap. 08 04 Tit. 892 71)
Drs. 18/20948
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ressource Wasser schonen: Wiedervernässung von Mooren als unwirksame
Umweltmaßnahme nicht übermäßig fördern
(Kap. 08 05 Tit. 547 97)
Drs. 18/20949
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kompensation von Wolfsschäden umfassend sicherstellen
(Kap. 08 05 TG 88 neuer Tit.)
Drs. 18/20950